

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Ercheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Sammensamt Sportgelächter“ und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatslich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,- M. Das Taxieren, zuzüglich Postgebühr, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

Das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 75

Donnerstag, den 29. Juni 1933

35. Jahrg.

Verordnung Nr. 23

über die Preisauszeichnung beim Kleinverkauf von Kaffee in vorbereiteten Packungen. Vom 3. Mai 1933.

Bei dem Kleinverkauf von Kaffee in vorbereiteten Packungen ist auf der Packung die Menge des Inhalts in Gramm, der Abgabepreis der Packung und der sich hiernach errechnende Preis je Pfund der Ware anzugeben.

Die Angaben müssen in einheitlicher Schrift von mindestens 6 mm Schrifthöhe erfolgen.

Die Verordnung tritt am 1. Juli 1933 in Kraft. Der Reichskommissar für Preisüberwachung.

Veröffentlicht.

Kemberg, den 27. Juni 1933

96) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Wer im Staatsforst Tornau in diesem Jahre

Beeren und Pilze

sammeln will, wird aufgefordert, sich bis zum 1. Juli im Magistrateamt zu melden. Preis der Zettel 1,— Rm. bezw. 3,— Rm. Personen, die ohne Zettel angetroffen werden, werden ungnädig bestraft.

Kemberg, den 26. Juni 1933.

97) Der Magistrat

Zur Behebung der durch Blizschlag an unserem Transformatorenhaus verursachten Schäden wird am Sonntag, dem 2. Juli, von 9 bis 13 Uhr

kein Strom

abgegeben.

Kemberg, den 28. Juni 1933.

98) Der Magistrat.

Verfailltes!

Zum 14. Male führt sich der Tag der Unterzeichnung des Verfallter Dittates, jener Tag, der Schmach und Schande über ein Volk gebracht hat, dem weder am Ausbruch des fürchterlichen Völkerrings der Weltgeschichte auch nur die geringste Schuld beigemessen werden konnte noch nachgelagt werden darf, daß es den Krieg selbst nicht in der ritterlichen, vornehmlichen und heldenhaften Form geführt hätte. Wenn es dann einer Liebesmacht, die fast die ganze zivilisierte Welt umfaßt, in gigantischen Kampfe unterlag, so war für die von ihm losgerissen und unermesslicher Wut diffizilen Bedingungen wahrlich kein Grund, nachdem erst die hoffnungsvollen Verhandlungen, von denen auch nicht ein Mann gehalten wurde, uns veranlaßt hatten, die Waffen aus der Hand zu legen. Aber das löbliche Angebot des amerikanischen Präsidenten Wilson hat nicht allein große Enttäuschung gebracht, selbst die im eigentlichen Vertragswerk niedergelegten Verpflichtungen der Alliierten harren bis heute vergeblich der Erfüllung.

Im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz muß man sich das im Verfallter Vertrag gegebene Abrüstungsversprechen und die von Deutschland als Vorleistung geforderte und völlig durchgeführte Abrüstung vorgegenwärtigen. Es heißt im Verfallter Vertrag (Präambel zu Teil V, „Um die Einleitung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau inebuzubehalten“).

Die allgemeine Wehrpflicht ist abgehehafft, Deutschland hat ein langwierendes Söldnerheer von 100.000 Mann — ohne jede Notizen an Menschen und Material. Die Gliederung, Einteilung usw. von Heer und Marine entspricht den gestellten Bedingungen. Deutschland besitzt keine Unterwasserfahrzeuge, keine Luftstreitkräfte, ja nicht einmal Luftabwehrkräfte, keine schweren Waffen, keine Tanks. Die Wehrbezirke, das Land und die Fließgebiete sind entfestigt, das ganze deutsche Gebiet westlich der 50-Kilometer-Linie ostwärts des Rheines ist entmilitarisiert. Die deutsche Rüstungsindustrie ist vernichtet, viele Fabriken sind — oft sinnlos — zerstört. Außerhalb des Meeres gibt es keine militärische Ausbildung. Die Feindmächte haben die Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen anerkannt durch die Zurückziehung der internationalen Militärkontrollkommission am 31. Januar 1927 (am gleichen Tage lagte Marshall Foch im französischen Heeresministerium, „Ich befürchte, daß die Entwaflnung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist“), durch die Abberufung der Entwaflnungsexperten im Januar 1930 und auch durch die Räumung des Rheinlandes im Juni 1930.

Kings um Deutschland aber harret die Welt in Waffen. Das Verprechen der Gegenseite! — der folgenden Abrüstung der anderen Nationen — ist nicht eingelöst. Die

les Verprechen steht aber nicht allein in der Präambel zu Teil V des Verfallter Vertrages, es ist auch im Artikel 8 der Völkervereinbarung gegeben, hier sogar eingeleitet in bestimmte zeitliche Fristen. Es heißt dort: „Die Bundesmitglieder befennen sich zu dem Grundsatze, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Verabbarung der nationalen Willkürungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und der Erhaltung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.“

Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung. Von zehn zu zehn Jahren sind diese Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.“ Seit nahezu 1 1/2 Jahren tagt die erste Abrüstungskonferenz. Ihre bisherigen Ergebnisse liegen nicht auf dem Wege zur Abrüstung, sondern führen zur Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes. Nur Deutschland hat abgerüstet. Haben die im Verfallter Vertrag gegebenen Verprechungen keine Gültigkeit mehr? Wer ist es, der den Abrüstungsgeboten von damals verfallt?

Wir bestehen auf dem Rechte, das uns Verfallter Vertrag und Völkervereinbarung zubilligen. Wir wollen den Frieden, das hat der Reichspräsident wiederholt, hat der Reichspräsidentminister erst in diesen Tagen einem Pariser Berichterstatter gegenüber feierlich betont, aber wir verlangen die Gleichberechtigung ohne jeden Vorbehalt den anderen Nationen gegenüber, das gebietet die deutsche Ehre und die Verantwortung, die wir der Geschichte und unseren Nachkommen schulden.

Ueber diesen Punkt gibt es keinen Streit, keine Meinungsverschiedenheit in den Ländern, wo die deutsche Junge flingt, in dieser Frage wird die deutsche Regierung nicht zurückweichen, wird sie sich niemals zu Zugeständnissen, niemals zu Kompromissen bereit erklären. Wir wollen keine Verprechungen, wie sie uns in gleichzeitiger Form 14 Jahre lang geboten wurden, billige Freundlichkeiten ohne Verbindlichkeit zählen nicht, uns gilt nur eins, auf dem wir aber auch bestehen, das Recht, bis zu dessen Erfüllung die Flaggen an diesem Tage der Trauer, des Schmerzes und des Ingrimmes auf Halbmast wehen.

Der Kampf gegen die Parteien

Staatspartei verliert Parlamentsmandate.

Nach dem Wortlaut der preußischen Durchführungsbestimmungen zu dem Betätigungserbot gegen die SPD. werden auch die staatsparteilichen Mandate im Preußischen Landtag laffiert.

Da die dem Preußischen Landtag angehörenden drei staatsparteilichen Abgeordneten, der frühere Handelsminister Dr. Schreiber und die Algg. Wulffke und Frau Professor Hartwig auf dem sozialdemokratischen Landeswahlschlag gewählt worden sind, entsprechend einem nachstehenden Abkommen, das zwischen SPD. und Staatspartei zustandekam, hat der Präsident des Preußischen Landtages, Minister Kerrl, verfügt, daß auch die weitere Ausübung dieser staatsparteilichen Mandate zu unterjagen ist.

Die Parlamentsverwaltung hat infolgedessen den Staatsparteilern mitgeteilt, daß sie ihre Mandate nicht weiter ausüben dürfen und daß sie die parlamentarischen Ausweise zurückzureichen haben. Die Diktat für die Staatsparteilern sind geperrt.

Man kann annehmen, daß ein gleiches Vorgehen auch gegenüber den fünf staatsparteilichen Reichstagsabgeordneten erfolgen wird, die ebenfalls durch eine Offenverbindung mit den Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt worden sind.

Es handelt sich dabei um den früheren Reichsfinanzminister Dietrich-Baden, sowie um die Algg. Lemmer, Dr. Heuß, Landahl und Dr. Maier-Württemberg. Dagegen ist bisher nicht bekannt, ob etwa auch eine Verfolgung der staatsparteilichen Vermögensgegenstände erfolgen könnte.

Miesmacher wird unterjagt

Wie der Amtliche Preußische Pressendienst mitteilt, hat der preußische Ministerpräsident und Minister des Innern, Göring, an die nachgeordneten Behörden seines Amtesreiches folgenden Aunderlass gerichtet:

„Es ist in letzter Zeit verschiedentlich beobachtet worden, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Unterhaltung mit anderen Personen Äußerungen bekunden, die geeignet sind, Unzufriedenheit über die von der nationalen Regierung getroffenen Maßnahmen zu erzeugen und Mißtrauen zu säen.“

Es handelt sich um Personen, die man mit dem Ausdruck „Miesmacher“ treffend fennzeichnen kann.

Sich bitte sämtliche Beamten, Angestellten und Arbeiter darauf hinzuweisen, daß künftig in solchen Weisungen eine Fortsetzung der marxistischen Hege erblüht wird und Miesmacher daher als verkappte Marxisten angesehen werden, die sich auf diese Weise noch immer im marxistischen Sinne betätigen. Sich bitte ferner sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, denen Verordnungen und Verfügungen auferlegt, auf solche Fälle zu achten und mir die betreffenden Personen unverzüglich namhaft zu machen. Ein Unterlassen dieser Anzeigen

wird ich als eine bewusste Solidaritätserklärung mit solchen Wählern und Hehern betrachten müssen.“

Die Bewährungsfrist bei der NSDAP

Braunhemd erst nach zwei Jahren.

Der „Politische Beobachter“ veröffentlicht folgende Verfügung der Reichsleitung der NSDAP:

Nach dem 30. Januar 1933 erfolgten zahlreiche Neuanmeldungen zur NSDAP. Da eine Gewähr für die unbedingte Zuverlässigkeit der Neuzugeworbenen in nationalsozialistischen Sinne nicht mehr gegeben ist, wird verfügt:

Mitglieder der NSDAP, die nach dem 30. Januar 1933 ihren Beitritt erklärt haben, werden einer zweijährigen Bewährungszeit unterworfen. Erst nach Ablauf dieser Zeit wird ihnen an Stelle der Mitgliedskarte das Mitgliedsbuch als Zeichen der endgültigen Aufnahme in die Bewegung ausgehändigt, sofern sie sich bewährt haben. Vor ihrer endgültigen Aufnahme steht ihnen nicht das Recht zu, ihr Braunhemd zu tragen.

Ausnahmen können nur in außergewöhnlichen Fällen seitens der Reichsleitung auf Antrag der zuständigen Gewerkschaft genehmigt werden. Von dieser Regelung werden nicht berührt die für die SA. und SS. getroffenen besonderen Bestimmungen.

Die Verfügung tritt am 1. Juli 1933 in Kraft. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein unbefugtes Tragen des Braunhemdes strafbar ist.

Die Verfügung bezweckt eine Degradierung der neu zum Bewegung gekommenen Mitglieder, unter denen sich eine große Anzahl befindet, die nicht der Konjunktur folgen, sondern aus innerer Überzeugung sich heute zur Freiheitsbewegung des deutschen Volkes bekennen auf Grund der Erträge des Führers als Kanzler. Die Verfügung soll lediglich etwa nach der Machtübergang in die NSDAP. geübten Propagandisten die Arbeit erschweren sowie die Gesichtslosigkeit und Schlagkraft der Bewegung auch für die Zukunft sichern.

Die Aktion gegen BVP

Der Polizeipräsident meldet:

Die Münchener Polizeipräsidenten veröffentlicht eine Mitteilung zu der Verhaftung der Führer der Bayerischen Volkspartei, in der es u. a. heißt:

Wie schon berichtet wurde, hat die bayerische Politische Polizei vor einigen Tagen bei den Funktionen der Bayerischen Volkspartei Hausdurchsuchungen vorgenommen, da begründeter Verdacht bestand, daß die BVP. in engster Fühlung mit der Dollfuß-Regierung und der Heimatwehr in Oesterreich stehe und daß sie für das Verbot der NSDAP. in Oesterreich mitverantwortlich sei.

Bei den Hausdurchsuchungen wurde umfangreiches Material gefunden. Auf Grund der Ergebnisse der vorläufig geführten Schritten hat sich die Bayerische Politische Polizei genötigt, die Festnahme der Reichs- und Landtagsabgeordneten der BVP. sowie weiterer wichtiger Funktionäre in ganz Bayern anzuordnen.

Die Aktion gegen den politischen Katholizismus hat eindeutig den Beweis erbracht, daß es diesen Kreisen mit ihren Beteuerungen, sich reiflos hinter die nationale Regierung zu stellen und am Neuaufbau Deutschlands mitzuarbeiten, in keiner Weise ernst ist.

Rücktrittsgefuß Hugenberg's

Berlin, den 22. Juni

Reichspräsident Dr. Hugenberg hat dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgefuß überreicht. Inzwischen hat die Deutschnationale Front ihre Selbstauflösung beschloffen.

Die Entscheidung über das Rücktrittsgefuß des Reichspräsidenten Dr. Hugenberg wird im Verlaufe des heutigen Mittwochs erfolgen.

Auflösung der DN

Freundschaftsabkommen mit der NSDAP

Berlin, 28. Juni.

Wie die Reichspressestelle der NSDAP. mitteilt, haben die führenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Front nach einer Rücksprache mit dem Reichskanzler Adolf Hitler und nach Abschluß eines Freundschaftsabkommens mit der NSDAP. die Selbstauflösung der Deutschnationalen Front beschlossen. Der Befehl wird sofort durchgeführt. Die bisherigen deutschnationalen Abgeordneten werden als solch-

lantien in die Fraktionen der NSDAP, aufgenommen.

Don führender nationalsozialistischer Seite wird dazu betont, daß die weittragende Bedeutung dieses großartigen Beschlusses den guten Willen der leitenden Persönlichkeiten der deutschen Front erkennen lasse, auch daß, von nationalsozialistischer Seite dieser gute Wille wohl anerkannt werde. Es gebe künftig nur noch eine große Front, die Front aller schaffenden Deutschen, nachdem nun außer der Zentrumspartei die letzte deutsche Partei von der Bildfläche verschwunden sei.

Die Anerkennung, die Reichsminister Adolf Hitler den Führern der deutschen Front zu ihrem großartigen Beschluß gesollt habe, gehe daraus hervor, daß er ein Freundschäftsabkommen mit der bisherigen deutschen Front abgeschlossen habe, das nach im Laufe des heutigen Mittags zur Veröffentlichung kommen wird. Danach dürften, wie bereits oben mitgeteilt, zunächst alle deutschen Abgeordneten als Spitzenleute in die nationalsozialistische Fraktion aufgenommen werden.

Stahlhelm hinter Hitler

Auf dem Dampfabzug in Magdeburg hielt der Stahlhelm einen großen Appell ab. Der Bundesführer, Reichsarbeitsminister Franz Selbde, hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Ich habe eine Glut der Freude und ein Aufatmen empfunden, als mir der Volkstanzler Adolf Hitler sagte: „Nunoh, lo muß es sein, drei Säulen nebeneinander: Braun, Schwarz und Heldegrau, SA, SS und Stahlhelm.“

Ich spreche angesichts dieses Domes, an dieser Stelle der Gründung des Stahlhelms es noch einmal aus: Ich gelobe für den ganzen Stahlhelm den beiden Männern Hitler und Hindenburg die Treue, solange ich lebe, und ich gelobe meinen Feinden, sie niederzuschlagen, wo ich sie treffe.

Nach dem Vorbereitete traf sich die Ehrengarde zu einem gemühtlichen Beisammeln in der Magdeburger „Harmonie“, wo Reichsarbeitsminister Selbde noch einmal das Wort ergriff. Er führte u. a. aus, es ließe sich außerordentlich Beachtung für die Zukunft, daß der Reichsführer die Bedeutung des Stahlhelms erkannt habe und sie verbinden wolle mit der positiven Kraft seiner Bewegung die auf den Schienen der Partei und der SA laufe.

So sei das Zusammengehen in den oberen Spitzeln eigentlich leicht gewesen. In den unteren Kreisen werde allerdings noch einige Zeit vergehen; es gehörte Geduld dazu, um gewisse Enttäuschungen zu überwinden, doch werde auch das gelingen.

Reichsarbeitsminister Selbde kam dann auf die außenpolitischen Verhältnisse zu sprechen. Er deutete an, daß Deutschland außenpolitisch nicht gut dastehle, und sagte: „Eheher draußen Schwärze stehen, aber innen zusammenzweigen; lieber innerlich zusammengehen, als äußerlich Scheinfolge haben.“

NSDAP-Führer und Führer des Stahlhelms würden in Berichtsgebieten als Gäste des Führers am Sonnabend wieder Worte zusammenkommen, und dort solle beschlossen werden, welche endgültige Form man dem Zusammenhange geben wolle. Dabei müsse aber jeder Vorbehalt ausgeschaltet werden.

„Ich schließe das Bündnis mit Adolf Hitler nicht mit irgendeinem Vorbehalt; entweder gehen wir zusammen oder gar nicht.“

Die Aufgaben der Erziehung

Programmatische Rede des Kultusministers Ruff bei der Eröffnung der Hochschule für Lehrerbildung.

Eine programmatische Rede des preussischen Kultusministers Dr. Ruff stand im Mittelpunkt der Eröffnungsfeierlichkeiten der neugegründeten Hochschule für Lehrerbildung in Lauenburg (Pommern). Auf den Pädagogischen Akademien, lo führte der Minister u. a. aus, sind dem Lehrer bisher 28 verschiedene Bildungsziele und Bildungsmöglichkeiten präsentiert worden.

Zufriedenheit gilt es nur ein großes Bildungsziel: Die Erziehung zu einem bewußten Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft. Auf dem Gebiete weltanschaulicher Erziehung kann der Staat Ausnahmen nicht gestatten.

Die Führer der deutschen Zukunft müssen systematisch herangebildet werden. Dazu sind die bisherigen Schulformen und Hochschulen aber nicht geeignet. Es besteht die Absicht, in Deutschland

Die Stimmen der Verantheit.

Original-Kriminal-Roman von Hans Walter Schmidt. (Nachdruck verboten).

Daraus vermag man die glaubhafte Vermutung abzuleiten, daß der gestrichelte Zweite ein Angehöriger der Bank gewesen ist, welcher über Schlüssel zu den Arbeitsräumen verfügt hat. Auch scheint es mir, als ob Herr Wittmann diesen Zweiten erwartete. Sein Eintreffen muß er auf jeden Fall bemerkt haben, auch wenn er noch lo sehr in seine Arbeit vertieft gewesen sein möchte. Er hat sich ihm gegenüber nicht feindselig verhalten, aber sich gar zur Wehre gesetzt, in ihm wohl soviel ein fremder erkannt, sonst wären Spuren des Kampfes vorhanden. Als einziges Moment dieser Art, das aber nur auf das Anbringen des Gegners schließen läßt, sind wohl zwei Falten im Teppich dicht vor dem Stuhle festzustellen, die nur von einer sehr heftigen Fußbewegung herühren können, welche bei dem ruhig dahinschreitenden und arbeitenden Bankier anzunehmen, etwas widerständig sein dürfte.“

Der Kommissar möchte hier eine kleine Pause und sah die seinen Worten anhängliche Zuschauerin der Reihe nach prüfend an. In den grauen Augen Bertolds las er nun ängstliche Spannung. Das Gesicht Edgars war unruhig-dringlich, Keintines Flüge verrieten lebhaftes Interesse, mit offener Bewunderung für den Sprecher geopart.

„Aber ich habe noch mehr Anhaltspunkte, wo dieser unbekante zweite gewesen sein kann“, fuhr Badtner so gelich wieder fort, indem er sein Bild auf Edgar Wittmanns Antlitz hatten blickte, „denn er hat noch deutlicher, das Geheimnis seiner Person enthüllende Zeichen seiner Anwesenheit im Kontor und seiner verbrecherischen Handlungsweise hinterlassen. Und diese Zeichen klären mich wiederum darüber auf, daß der Mörder kein berufsmäßiger Eindringler war, sondern daß die ganze Tat nur ein spontanes Ereignis ihrer Entladung war, und im Akt begangen worden ist. Denn nach derselben hat der Täter, selber von Furcht gepackt, in panischer Hast den Ort des Sprechens verlassen und dort zwei Dinge mitzunehmen vergessen, die ich gefunden habe. Diese Dinge sind erstens die Waffe selbst,

Reichsumverfästen

ins Leben zu rufen, auf denen im gewissen Hinblick auf die Hochschulbildungsformen Englands in Oxford und Cambridge die künftige Führerschaft des jungen Staates heran- gebildet werden soll.

Luffschub gefordert

Die roten Flieger auch über Thüringen.

Die roten Flieger haben, wie aus Weimarer gemeldet wird, auch Thüringen überflogen und, wie die Abgabe von Zellen auf dem Hofplatz in Weimar beweist, auch in Thüringen Flugplätze abgeworfen. Der Reichsfliegerführer für Thüringen, Sautel, hat sofort in zwei Telegrammen nach Berlin an die zuständigen Stellen schärfsten Protest gegen die Verletzung Thüringens durch ausländische Flieger eingelegt und Schutzmaßnahmen gefordert. Die Bevölkerung Thüringens ist durch die Verletzung in starke Erregung veretzt worden.

Schutz deutscher Arbeit

Beförderung ausländischer Arbeitnehmer.

In einer amtlichen Mitteilung über die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern heißt es u. a.:

„Die Bestimmungen, die zum Schutze des deutschen Arbeitsmarktes für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter erlassen sind, finden vom 1. Juli d. J. ab auch auf die ausländischen Angestellten Anwendung.“

Arbeitgeber dürfen ausländische Arbeiter und Angestellte nur noch beschäftigen, wenn der ausländische Arbeitnehmer entweder einen Befreiungsschein besitzt oder der Arbeitgeber eine Beschäftigungsgenehmigung und der Arbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis erhaltend. Bestimmte Ausnahmen sind zugelassen.

Belonders sind zwei Punkte zu merken:

1. Der Arbeitgeber hat in der Zeit vom 1.—15. Juli d. J. das dem Arbeitsamt, in dessen Bezirk die Arbeitsstelle liegt, einen Antrag auf Erteilung der Beschäftigungsgenehmigung zu stellen. Der Antragsvordruck ist beim Arbeitsamt erhältlich.

2. Der ausländische Arbeitnehmer oder sein Arbeitgeber hat bei der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk die Arbeitsstelle des ausländischen Arbeitnehmers liegt, einen Antrag auf Erteilung der Arbeitserlaubnis zu stellen. Der Antragsvordruck ist gleichfalls vom Arbeitsamt erhältlich.

Bis zur Entscheidung über die Anträge behalten die bisherigen Befreiungsscheine ihre Gültigkeit.

Ausländische Angestellte, die bisher einen Befreiungsschein oder eine Beschäftigungsgenehmigung und Arbeitserlaubnis nicht benötigten, dürfen bis zur Entscheidung über ihren Antrag weiterbeschäftigt werden.

Arbeitgeber und ausländische Arbeitnehmer, die gegen die zum Schutze des Arbeitsmarktes geltenden Bestimmungen verstoßen, machen sich strafbar.

Zur Vermeidung von Irrtümern in der Öffentlichkeit wird darauf hingewiesen, daß es sich bei der Zeit noch in Deutschland befindlichen ausländischen Arbeitern und Angestellten fast ausschließlich um solche Ausländer handelt, die schon seit Jahren im Teil sein seit Jahrzehnten in Deutschland anständig im — meist deutschstämmige — oder um solche ausländische Arbeitnehmer, in deren Heimatstaaten in erheblicher Anzahl deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden, oder mit deren Heimatstaat Gegenständig vereinbart worden ist.

Kein Platz für Juden

In Kreisen der Deutschen Arbeitsfront hat es unliebsames Aufsehen erregt, daß das Pressebüro des Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens einen Aufruf veröffentlichte, der unter der Überschrift „Weißt in den Berufsverbänden“ die jüdischen Arbeitnehmer, belonders die Angestellten aufforderte, sich als Mitglieder den neuen beruflichen Organisationen anzuschließen.

In unterirdischen Kreisen wird in diesem Zusammenhang darauf hinarbeiten, daß jüdische Arbeitnehmer von

aus welcher der unfelige Schuß gekommen, und dann — ein Spazierstod!“

Die Wirkung, welche der Kommissar durch diese Worte bei seinem Auditorium erzielen wollte, schien diesmal nicht die gewünschte zu sein, denn ein unverdächtigter Zug von Enttäuschung glitt über sein Gesicht, als das erkaunte „W“ der Anwesenden laut verhallen war.

Doch Badtner ließ sich dadurch nicht irre machen. Er schätzte abermals in die Hände, und nun trat ein zweiter Beamter ein, der einen schwarzen Spazierstod mit einer hitzigen Krawatte und einen kleinen verdeckelten Revolver in seinen Händen trug.

Der Kommissar erhob sich, trat dem Polizisten einige Schritte entgegen, und hielt wie triumphierend den Stod in die Höhe.

„Weiß vielleicht jemand von Ihnen, wenn dieser Stod gehört?“ fragte er dann mit erhobener Stimme in verbindlichem Ton. „Ich weiß es!“

Diese Erklärung oder noch mehr der Anblick des Gegenstandes, den der Mörder am Schauplatz der Tat zurückgelassen haben sollte, löste bei den drei Anwesenden ganz geteilte Empfindungen aus, die sich in Mienen- und Gebärdenbildern ebenso wie durch Worte kund taten.

„Auch das noch!“ stieß Bertold entsetzt hervor und heftete seine Blicke mit ängstlicher Schen auf das corpus delicti in des Beamten Sand.

In Edgars Mienen spiegelte sich nur hohes Entsetzen wieder. Keintine rief aber fast ladend aus: „Der Stod gehört nicht dem Mörder. Ich meine ihn wohl! — Es ist ja das Eigentum meines Vaters Edgars.“

Keum war jedoch das Wort ihrem Munde entflohen, als sie erloschte. Ein Strauß unaufrichtiger Furcht schoß aus ihren tiefdunkeln Augenhermen, und sie blickte die drei Männer der Reihe nach fragend an. Sie waren alle stumm wie — das Grab.

Erst die klare Stimme des Kommissars unterbroch das unheimliche Todesstöhnen.

„Nennen Sie sich, Herr Edgars, Herr Edgar Wittmann, Ihre Spazierstod in das Arbeitszimmer Ihres Vaters, was er Ihnen gehört?“ wandte er sich direkt an den Eigentümer des wichtigen Fundes.

Dieser schen von der Auffindung des Stodes an dem

allen Organisationen der Nationalsozialisten ausgeschlossen blieben.

Zwischen dieser Regelung und dem Totallösungsanspruch der offiziellen Organisationen der Deutschen Arbeitsfront besteht auch keinerlei Widerspruch.

Da ja die berufsunfähige Zusammenfassung der Arbeitnehmer eben eine Deutsche Arbeitsfront sein sollte.

Man denkt daran, sämtliche jüdischen Arbeitnehmer beider Geschlechter und aller Berufsgruppen zusammen mit den übrigen jüdischen Mitgliedern der verschiedenen Berufe in einem Gesamtverbande der jüdischen Beschäftigten zusammenzufassen, dem allerdings im wesentlichen wohl nur gesellschaftliche Bedeutung zukommen würde und der an die Deutsche Arbeitsfront nicht angegliedert werden könnte.

Kontingentierung der Frühstaroffeinfuhr

Berlin, 27. Juni.

Die deutsch-italienisch-belgischen Verhandlungen über eine Kontingentierung der Frühstaroffeinfuhr haben zu einer Vereinbarung geführt, nach der für Juli der bisherige Vertragszoll von 1.50 Mark nur noch für eine Menge gelten soll, die 60 Prozent der Mengen nicht übersteigt, die im Juli der Jahre 1931/32 nach Deutschland eingeführt worden sind. Das gleiche Kontingent gilt auch gegenüber allen anderen Einfuhrländern.

Verbilligung des Strompreises

Verbesserung der Elektrizitätswirtschaft.

Berlin, 27. Juni.

Wie das Reichswirtschaftsministerium mitteilt, hat sich herausgestellt, daß eine Vereinfachung der Organisation der Elektrizitätswirtschaft mit dem Ziele der Herabsetzung der Kosten, einer Ausweitung des Absatzes und einer Verbilligung und Angleichung der Strompreise durchführbar erscheint, nachdem die nationale Erhebung der Reichsregierung die Möglichkeit einer ersten Einfuhrphase auf die Befragung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland eröffnet hat.

Das Reichswirtschaftsministerium hat in Rücksichtnahme mit der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft die erforderten Erhebungen eingeleitet, um in möglichst kurzer Frist Maßnahmen zu einer Verbesserung der Elektrizitätswirtschaft unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse treffen zu können. Diese Maßnahmen werden voraussichtlich mit einer Förderung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes verbunden werden können. Selbständige Eingriffe in die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft müssen unbedingt vermieden werden.

70 deutsche Profektogramme

Genf, 27. Juni.

Im Völkerbundsekretariat sind nahezu 70 Telegramme aus Deutschland eingetroffen, in denen gegen die Verletzung deutschen Gebietes durch fremde Flugzeuge aus das entschiedene Protestiert und um Schaffung eines ausreichenden Luftschutzes für Deutschland erwidert wird.

Bodelschwingh zurückgetreten

Aufhebung der Kirchenvertretungen in Preußen

In einer Sitzung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses hat der von einem größeren Teile der bisherigen Kirchenvertretungen zum Reichschof ausgetretenen Bodelschwingh, wie seine Kanzel mitteilte, folgende Erklärung abgegeben:

Durch die Einsetzung eines Staatskommissars für den Bereich sämtlicher evangelischer Landeskirchen Preußens ist mir die Möglichkeit genommen, die mir übertragene Aufgabe durchzuführen. Das nötig ist, den mir vom Deutschen Evangelischen Kirchenbund erteilten Auftrag zurückzugeben.

Der Kommissar für die Evangelischen Landeskirchen Preußens hat folgende Verfügung erlassen:

„Der Wert der Reformation und besteht aus den unangenehmen Willen, der Zerrissenheit im kirchlichen ein Ende zu machen, hat mich der Herr preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zum Kommissar für sämtliche evan-

„Die der Tat noch ganz benommen zu sein und antwortete daher unangenehm und stotternd: „Ich vermag es mir allerdings nicht zu denken, wie mein Stod in das Bankkontor gekommen sein soll. — Es kann nur möglich sein, daß ich ihn gestern Nachmittag dort liegen gelassen habe, als ich die Bank noch Verdingung meiner Arbeit verließ.“

„Nein, das ist nicht möglich!“ betonte Badtner streng, „denn ich habe bereits Herrn Zell mit dem Stode in Ihre Villa geschickt und dort den Diener und die Wächter fragen lassen, ob Sie gestern Abend diesen Stod im Vorpale bei den anderen Säcken und Schürmen nicht gesehen seien. Die Antworten sowohl des Dieners wie auch des Stubenmädchens waren ein nicht im mindesten anzunehmendes „Ja!“

„Dann kann ich mir die Unwissenheit meines Stodes im Kontore meines Vaters wirklich nicht erklären!“

„Um Gottes Willen, Herr Kommissar, Sie wollen doch nicht etwa — Sie — werden doch nicht!“ — Der Kommissar hatte es Keintine ausserufen. Mit ihren Wästen hingen ihre großen, sprechenden Augen an den hochgelassenen des Kriminalisten. „Sie denken doch nicht etwa —! Nein, nein — es ist zu gefährlich, zu absurd!“ — Edgars, — so sage doch ein Wort, sage es ihm doch, daß alles nur Täuschung ist!“

„Sie hätte sich ereignet von Ihrem Eise erhoben und legte jetzt lebend ihre rechte Hand auf des Vaterses Arm. Dieser war ebenfalls von seinem Stode fast aufgehoben und blickte Badtner mit eigentümlichem Ausdruck an.

„Sie wollen damit doch nicht etwa andeuten, Herr Kommissar, daß —!“ er flachte. Badtner aber hielt seinem Starr auf ihn gerichteten Blicke tapfer stand.

„—, daß was?“ fragte er lauernd.

„—, daß —, daß, nein, es ist zu banal, — daß — ich selbst — meinen eigenen Vater — erschöpfen hätte!“

Badtner machte eine abwehrende Handbewegung. „Wer hat denn davon etwas gesagt?“ entgegnete er, und ein triumphierendes Wästeln schenkte über seine Flüge.

„Der Stod beweist mir, daß Sie heute nacht bei Ihrem Herrn Vater im Kontore der Bank gewesen sind.“

„Der Wittmann hat sich auf die Lippen —“

„Auch das ist nicht wahr“, sagte er dann, indem er Badtner fest ins Auge blickte. (Fortsetzung folgt.)

getlichen Landeskirchen Preußens mit der Vollmacht befehl, die zur Beilegung der vorhandenen Verwirrung und zur Verhütung weiterer Verwirrung und Aufspaltung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

3. Ich übernehme hierdurch die Führung der Geschäfte der sämtlichen evangelischen Landeskirchen Preußens.

4. Ich beauftrage mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte die bisherigen Stellen.

5. Ich übernehme mit sofortiger Wirkung den Vorsitz im Landeskirchenrat der evangelischen Kirchenprovinz Preußen mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund erfolgt ausschließlich über meine Person.

6. Ich beauftrage mit sofortiger Wirkung den Bizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, Hundt in Berlin und den Generalsuperintendenten Schian in Breslau.

7. Ich löse mit sofortiger Wirkung sämtliche gewählten stiftlichen Vertretungen in den evangelischen Landeskirchen Preußens auf.

Weitere Anordnungen folgen.

Der Kommissar: Jäger.

Neuaufbau der Landeskirchen

Kommissarische Neubildung des Präsidiums des Oberkirchenrats. — Bevollmächtigte für die Kirchenprovinzen. Berlin, 26. Juni.

Der Staatskommissar für die evangelische Kirche in Preußen hat eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt:

1. Zur freien Entfaltung der evangelischen Kirche nach ihren ureigenen inneren Wesen ist ein Neuaufbau erforderlich.

2. Ich bestelle zum kommissarischen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates der Altpreußischen Union den Rechtsanwalt Stadtrat Dr. Friedrich Werner (Berlin). Gleichzeitig übertrage ich auf den kommissarischen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates sämtliche Befugnisse des Kirchenrats.

Weiter bestelle ich: Zum kommissarischen Stellvertreter des Evangelischen Oberkirchenrates den Pfarrer Joachim Holtzfelder (Berlin), zum kommissarischen Stellvertreter des Evangelischen Oberkirchenrates den Kommissar Dr. Friele (Breslau).

Kommissar der Landeskirchen Preußens

Der preussische Kultusminister Ruff hat folgende Verfügung erlassen:

Die Lage von Staat, Volk und Kirche verlangt Befestigung der vorhandenen Verwirrung. Ich ernenne deshalb den Leiter der Kirchenverwaltung im preussischen Kultusministerium, Jäger, für den Bereich sämtlicher evangelischer Landeskirchen Preußens zum Kommissar mit der Vollmacht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Neuer Erlass des Kirchenkommissars

Generalsuperintendent D. Dibelius beauftragt. Berlin, 27. Juni.

Der Staatskommissar für die evangelische Kirche in Preußen, Jäger, gibt folgenden Erlass bekannt: 1. Für die Abänderung des hochwichtigen Erlasses Schian's und dem ihm folgenden, Adolf Hitler, Dank. Nur das Bestehen der Nation ermöglicht das Bestehen einer Kirche.

2. Die heute bei mir verammelten, gestern ernannten Bevollmächtigten der evangelischen Kirchenprovinzen und Landeskirchen in Preußen sind beauftragt, die Neuordnung der aufgelösten gewählten stiftlichen Vertretungen im Hinblick auf das Ziel einer deutschen evangelischen Kirche durchzuführen.

Gleichzeitig übertrage ich auf diese Bevollmächtigten sämtliche Befugnisse aller aus den gelösten stiftlichen Vertretungen hervorgegangenen Ausschüsse. In Zweifelsfällen entscheidet mein Bevollmächtigter.

3. Mit sofortiger Wirkung beauftrage ich den Generalsuperintendenten der Kurmark, D. Dibelius.

4. Weitere Anordnungen folgen.

Ehrung der nationalen Farben

Gruppierung zwischen Polizei und Verbänden.

Der preussische Minister des Innern Göring hat in einem Rundverlaß an alle Polizeibehörden betont, daß die Zusammengehörigkeit der Polizei mit den nationalen Verbänden auch äußerlich

in einem gegenseitigen Gruppierhältnis ihren Ausdruck finden müsse, und daher bestimmt, daß die Polizeibeamten mit den Angehörigen der nationalen Verbände den Gruß wechseln. Es bleibt dem Tatgeschehen des Einzelnen überlassen, für diese kameradschaftliche Gruppierung die richtige Form zu finden.

Des weiters hat der Minister angeordnet, daß bei öffentlichen Veranstaltungen, beim Aufmarsch geschlossener nationaler Verbände sowie bei nationalen Festlichkeiten die Fahnen der nationalen Erhebung durch Gruppierung zu ehren sind.

Der uniformierte Polizeibeamte greift hierbei in der dienstlich vorgeschriebenen Form. Sofern der Polizeibeamte keine Kopfbedeckung trägt oder sich nicht im Dienst befindet, erhebt er den Arm zum Gruß. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für alle staatlichen und kommunalen Polizei- und Kammerbeamten.

Nachdrücklicher Schutz der nationalen Symbole

Der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern Göring hat in einem Rundverlaß an die Polizeibehörden nochmals auf

eine strikte Durchführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole

hingewiesen und insbesondere um Bekämpfung der Verwendung nationaler Symbole zu gewerblichen Zwecken ersucht.

Staatsbegräbnis in Berlin

Beilegung der erschossenen SA-Männer. Berlin, 27. Juni.

Die Hauptstadt stand am Montag im Zeichen der Trauer für die SA-Männer Konert Gmel und Walter Apel, die bei einer Auswanderung in Kopenhagen einem feigen Feuerüberfall zum Opfer gefallen sind. Aus Anlaß der Beilegung legten ab 12 Uhr mittags alle öffentlichen Behörden und Dienststellen die Flaggen auf Halbmast. In Kopenhagen selbst, wo die beiden in Erfüllung ihres Dienstes an Volk und Vaterland erschossen am 24. Juni um 10 Uhr nachmittags in Kopenhagen, wählten viele Jehntausende der feierlichen Überführung der Särge vom Kopenhagener Krankenhaus nach dem Sturmlaf Seider am Hlphenort bei.

Als Vertreter der Reichsregierung nahm Reichsminister Dr. Goebbels an der Trauerfeier teil. Die oberste SA-Führung war durch Prinz August Wilhelm vertreten. Vor dem Sturmloaf hatten Abordnungen der SA und SS, des Stabes der Betriebszellen und eine Vertretung der Schupo Aufstellung genommen. Die Trauerrede hielt Oberpiarre Krause. Angehörige des Sturmes I trugen dann mit Hakenkreuzflaggen geschmückte Särge zum Leichenwagen und unter Vorantritt der Sturmabteilung Kapelle setzte sich dann der endlose Leichenzug durch die Straßen Kopenhagens zum Kopenhagener Friedhof.

An der Gruft der Opfer

Am Grabe der beiden in Kopenhagen ermordeten SA-Männer ergriff Minister Dr. Goebbels tiefbewegt das Wort. Er gedachte der toten Kameraden, die sich der großen Idee Adolf Hitlers geopfert haben. Es seien Kinder aus dem Volk, Arbeiter, Menschen ohne Glück ohne Arbeit und ohne Brot gewesen. Wären diese Männer nicht aufgefallen, so wäre der Volksgewissen über das Land gezogen, dann wäre über Deutschland die Fahne der Forderung, unser Vaterland wäre der Willkür des Unternehmertums preisgegeben.

Bei den Gräbern unserer Toten sei gelegt: Wir werden die Macht halten. Wir werden die Feinde der Nation bekämpfen und keine Gnade ihnen, wenn es um das deutsche Vaterland geht.

Am Anschlag auf die Trauerfeier marschierte die SA nach der Mordehätte, wo SA-Männer die Straßen- und Plakathäuser entzündeten und die Umhüllung in Konert-Gmel-Platz und in Walter-Apel-Straße vornahm.

Noch ein Todesopfer in Kopenhagen

SA-Mann allein seinen Verletzungen erlegen. Berlin, 28. Juni.

Der bei der Blatit eines Margiten in Kopenhagen schwerverletzte 20 Jahre alte SA-Mann ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Damit erhöht sich die Zahl der bei dem auslösenden Überfall getöteten SA-Männer auf drei. Klein wird ebenso wie seine beiden Kameraden Gmel und Apel in feierlichem Staatsbegräbnis beigesetzt werden.

Klein hatte bei dem Überfall einen Wundschuß erhalten und mußte sofort nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus operiert werden. Sein Befinden hatte sich Ende der Woche ein wenig gebessert, jedoch waren die Kräfte ganz noch nicht vorüber. Auch nach am Vortage, als Reichsminister Dr. Goebbels den Verletzten im Krankenhaus besuchte, war noch Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Erst im Laufe der folgenden Nacht verschlimmerte sich sein Zustand, so daß auch die Kunst mehrerer Ärzte ihm nicht mehr Hilfe bringen konnte.

Geheimhaltung der Zentralnotenbanken

London, 28. Juni.

In der Konferenzhalle fand, wie Reuter erfährt, eine wichtige Geheimhaltung der Zentralbanken der europäischen Goldstandardländer statt. Nach der Gründung der Londoner Konferenz waren am Vertreter der Niederlande, der Schweiz, Frankreichs und Deutschlands gelandt worden. Auf der Konferenz ist die Lage der Goldwährungsänder Europas erörtert worden mit besonderer Bezugnahme auf die künftigen Entwicklungen gewisser europäischer Goldwährungsänderungen.

Es sei einstimmig beschlossen worden, daß keine Rede davon sein dürfe, daß irgendeines der obengenannten Länder vom Goldstandard abgehe.

Ferner sei angeregt worden, daß der französische Vertreter an Macdonald herantreten solle, um ihm dringend aufzufordern, sich nachdrücklich gegen ein weiteres Abgehen vom Goldstandard auszusprechen, das den britischen Handel in Europa ernstlich beeinträchtigen würde.

Verlagerung bis Oktober

Empfehlung des Büros der Abrüstungskonferenz. Genf, 28. Juni.

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat beschlossen, eine Verlagerung der Abrüstungskonferenz bis zum 16. Oktober zu empfehlen. Außer Deutschland hat sich niemand gegen diesen Vorschlag gewandt. Der Hauptanlaß, der ursprünglich am 3. Juli zusammenzutreten sollte, wird nunmehr bereits am Donnerstag über die Verlagerung Beschlüsse fassen.

Vollhafter Radolin trat dem Verlagerungsvorschlag mit Schärfe entgegen. Die Tatsache, daß die letzterzeit in Aussicht genommenen privaten Vespredungen nicht zum Ziel geführt hätten, sei kein Grund, um vollständig die Arbeiter abzubrechen. Gerade jetzt müsse man versuchen, auf dem Konferenzwege das Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen.

Wisdann wandte sich Vollhafter Radolin auf das entscheidende gegen den Versuch, den Aufhebungen über die Abrüstung erneut aus dem Wege zu geben und stellte fest, daß die öffentliche Meinung die Verlagerung der Arbeiten außerordentlich pessimistisch annehme und zu der Auffassung kommen müsse, daß der Enderfolg der Abrüstungskonferenz in Frage gestellt ist.

Auf die Frage Radolins an Henderson, ob dieser positive Zusicherungen habe, daß die bisher gehaltenen Vespredungen nun auch wirklich in der Zwischenzeit aufgenommen werden, erwiderte Henderson, er wolle solche Zusicherungen nicht geben. Insbesondere hätten auch die Vertreter der Vereinigten Staaten und der Kleinen Entente ihm entsprechende Zusicherungen gegeben.

Aus der Heimat und dem Reiche

Kemmer, den 28. Juni 1933.

* Auswüchse im Rabattwesen. Der Preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit weist in einem Rundverlaß darauf hin, daß bei den Klagen über Entartungserscheinungen des Rabattwesens nicht selten übersehen wird, daß gegen Rabattantkündigungen, die irtümliche Vorkellungen über die Vorteile des Angebots erwecken, schon heute nach den Vorschriften des Wettbewerbsgesetzes eingeschritten werden kann. Die Preisvergiftung, die die Rabattantkündigung verpflichtet, wird oft vorgetäuscht, wie der Minister in seinem Rundverlaß ausführt, und besteht jedenfalls dann in Wahrheit nicht, wenn die Genädigung übertriebene Rabatte

erst durch Preisserhöhung ermöglicht wurde. Die Industrie- und Handelskammern werden auf beratige Vorkommnisse ihr Augenmerk richten, so daß den Rabattantkündigungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist.

* Ergebnisse der Wehrsport-Veranstaltung beim Fest der Jugend.

Beste Gruppe im Kleintalbergschießen:
Gruppe 16 (Arbeitsdienstkler) 107 Ringe
Gruppe 13 (Stahlhelm) 139 Ringe. (Außer Konkurrenz.)
Kulenweitwurf:
Gruppe 4 (Sportverein Not Weib) 845 Meter.
Kulenzielwurf:
Gruppe 2 (SA) 21 Treffer.

Beste Gruppe in der Gesamtleistung:
Gruppe 15 (Arbeitsdienstkler) Schießen 105 Ringe,
Kulenweitwurf 803 m, Kulenzielwurf 16 Treffer.
Beste Einzelleistungen:

Kleintalbergschießen: Alf. Vallmann (Stahlhelm) 29 Ringe.
Kulenweitwurf: Richard Reineke (M.-L.-A.) 152 Meter.
Kulenzielwurf: Söhne (Arbeitsdienstkler) 5 Treffer.

Beste Gesamtleistung:
Willi Kunert (Arbeitsdienstkler), Schießen 24 Ringe,
Kulenweitwurf 131 m, Kulenzielwurf 4 Treffer.

* Tonfilmbüchse Schützenhaus. Der Wälfische Beobachter, der wohl unbestritten die einzige Zeitung ist, über diesen Film ein Urteil zu fällen, schreibt folgende Kritik: Zwei gute Kameraden des Gardebrigades 59 und des Infanteriebrigades 11 liegen dicht nebeneinander im vorderen Graben. Dort werden der Garbist Paul Danke und der Infanterist Paul Lehmann bekannt. Die Besatzungsfähigkeit wird vielen weiteren Zufällen, die sich bis ins Umlandquartier in der Gruppe fortsetzen. Der Stoff ist an sich nicht neu, aber abgesehen vom strategischen Rahmen der beiden Mann viel Freude an den lustigen Mäntelchen der erbeiten Feldgrauen, die im Krieg viele Vorbilder hatten. Der früheren Konjunktur der Verfilmung des Kameradschaftsgesetzes an der Front ist nunmehr engulig der Boden genommen. Das man dies bereits vor der nationalen Erhebung gefühlt hat, beweist die Aufmachung dieses Tonfilms. Das Duo Hörbiger und Kamper spielt ausgezeichnet, man fühlt, daß die beiden Partikler ihre Rollen nicht nur im Filmateler, sondern draußen an der Front des großen Weltkrieges erlebt haben. Neben dem großen Wehrprogramm bringt die Ufa-Woche noch die gemaltige Rundgebung im Berliner Sportpalast, in der unser hochpfehrtter Volkstänker Adolf Hitler zur SA und SS spricht, weshalb wir schon aus diesem Grunde den Besuch dieser Veranstaltung ganz besonders empfehlen.

Blöff. (Kampf mit einem Rebhock.) Eine Jagdgeschichte, die keine an den feigen Mäntelchen erinnert, wird von einem hiesigen Landwirt erzählt. Beim Gang durch ein Weizenfeld bemerkte er danach einen kapitalen Rebhock. Da er Jagdphäker war, durfte er sich erlauben, dem Tier nachzusehen. Es gelang ihm, dem Vork einzuboten und ihm am Gehörg zu packen. Zwar wehrte sich das Tier aus Verhekräften, doch mußte es sich gefallen lassen, daß der Landwirt es an den Kräuten festsetzte und auf dem Rücken nach Hause trug. Dort wurde es auf dem Hof von seinen Hefeln befreit. Eine Kugel machte später seinem Leben ein weidgeredetes Ende.

Hühn. (Das Verdingen aufgelist.) Die Dienstmags Verda Banrich, die als vermisst gemeldet war, ist in Weimingen verhaftet worden. Sie hatte ihrem Arbeitgeber einen Betrag von 20 M. geföhlen und dann das Weite gesucht. Man ermittelt hatte, daß sie in Preßlich eine Gastwirtschaft am Weinreben gekauft hatte, war es nicht schwer, sie bei ihrem Eintreffen dort zu verhaften.

Torgau. (Der arme Blinde spielt hehnd Stat.) Eine Zeitung stand er an den Torgauer Straßenecken, das Blindengeld als Armbinde und einen Jährhump neben sich. Das bekannte Schild auf der Brust: „Blind“. Und die Mäntchen gerührt und mitleidig, spendeten dem armen, vom Schicksal so hart getroffenen Zeigegenossen, reichlich. So reichlich, daß der „Blinde“ mit dem Ertrag seiner Tätigkeit am Abend in einem hiesigen Lokal beim Saft eine richtige Stange Geld verlieren konnte. Natürlich hatte die Polizei gleich dahinter und führte den armen „Blinden“ in Nummer vier. Da wird ihm wohl nun ein Licht aufgehen über sein Blindsein.

Goldberg (Schlesien), 26. Juni. Am Sonntag besuchte die Deutsche Kronprinzessin Gacille die Stadt Goldberg, die die Kindererholungsstätte „Hinderhorth“ auf dem Bürgerberg zu beschließen. Der hohe Gast wurde vom Bürgermeister Diege und von der Vorstehenden des Vaterländischen Frauenvereins Goldberg feierlich begrüßt. Die Frau Kronprinzessin sprach sich sehr lebhaft über das Gesehene aus. Anschließend lud sie nach Adelsdorf (Kreis Goldberg) zur Einweihung des neuen Altersheims. Die Kronprinzessin wurde von der Bevölkerung freundlich willkommen geheißen.

Vor dem Gordon-Bennett-Rennen

Schüße-Bitterfeld Deutschlands Vertreter? Vittersfeld. Bei einer in Wuppertal abgehaltenen Ausscheidungslauf zur Feststellung des deutschen Teilnehmer am diesjährigen Gordon-Bennett-Rennen der Freibatsch legte der Wälfische „Dortmund“ vom Vittersfelder Verein für Luftfahrt mit dem bekannten Führer A. Schüße die weisse Entschwerung zurüch. Schüße ist daher als Sieger vorausichtlich der Vertreter Deutschlands bei dem vom 1. bis 4. September in Chicago stattfindenden internationalen Gordon-Bennett-Rennen anzusehen.

Gräfenhainichen. Beim Baden erkrankt SA-Scharführer Fritz Wittner, der in einem Arbeitslager in Oberhiesleben weilte. Wittner war 21 Jahre alt und sollte dieser Tage zu einer Jährerhump kommandiert werden.

Leuna gegen unerwünschten Zusug

Leuna. Der schon einmal dirichete stärke Zusug von Erwerbslosen beschäftigte neuerdings wieder die hiesigen Gemeindevorsteher. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um den Zusug unerwünschter Elemente zu verhindern, die nur nach Leuna kommen, um die dort gemädrten Sonderunterstützungen mitzunehmen. Die Gemeindevorsteher beschloßen daher, den nach dem 1. Oktober 1933 nach Leuna zu den neuen Erwerbslosen die Sonderunterstützungen erst nach dreijähriger Wartezeit zu gewähren. Man hofft, daß diese Maßnahmen die beabsichtigte Wirkung nicht bez.

leben werden. Die ledigen Erwerbslosen von 18 bis 25 Jahren, die den Bedingungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes entsprechen, müssen sich sofort dem RAD melden, andernfalls ihnen die Unterbringung entzogen wird. Wie der Gemeindevorsteher hierzu mitteilte, dürfte diese Maßnahme in absehbarer Zeit auf den ganzen Landkreis Merseburg ausgedehnt werden.

Merseburg. Eine Belohnung bis zu 500 Mark hat der Regierungspräsident in Merseburg im Zusammenhang mit dem Verzichtwenden der zwölfjährigen Irma S. U. aufgegeben. Die Belohnung wird unter Ausschluss des Rechtsnachsens nur für Personen aus dem Publikum bestimmt, die den Täter ergreifen oder Sachlagen nachweisen, die zu seiner Ergreifung führen. Es ist zu hoffen, daß es nimmermehr gelingt, die rätselhafte Angelegenheit aufzuklären.

Serzweiffungstat nach der Sündigung.
Hagenhof (Kr. Calbe). Aus Serzweiffung darüber, daß ihm keine Arbeitsstätte in Borna gefunden worden war, verachtete sich der Schlossermeister Gustav Klein mit einem Kalliermeister die Wälschaden zu öffnen. Seine Frau hinderte ihn aber an der Ausführung der Tat und verließ sich selbst dabei. Der Mann unternahm hierauf einen neuen Selbstmordversuch, indem er sich mit einem Messer eine schwere Schädelderektion beibrachte und anschließend aus der Bohrlöcher auf den Hof stürzte, wo er tot liegen blieb. Der 38jährige Mann war Vater dreier Kinder.

Saalgedächtnis an der Eierfurth

Bernburg. Das Geigen der Saale besonders durch die Regenfälle in Bitterfelden hat an der Eierfurth eine Gebrauchsmaßnahme notwendig gemacht, da sonst die ganze bisherige Arbeit am Durchfließ unrentabel gewesen wäre. Montag abend wurden die trennenden Dämme oberhalb wie unterhalb befestigt, so daß das Saalewasser nimmermehr durch das neue 20 Meter breite und 4 Meter tiefe Bett fließt, nachdem es sich seinen Eingang leicht verbreitert hat.

Durch die letzten Überflutungen waren, wie man errechnet hat, nicht weniger als rund 600.000 Kubikmeter Muttererde von der Großen Aue ins Saalebett geschwemmt worden; während weitere Überflutungen gekommen, so wären die Folgen unübersehbar geworden. Man kann damit rechnen, daß nimmermehr die Schiffahrt bald wieder freigegeben wird.

Sofort nach dem Durchfließ, der ursprünglich erst am Freitag erfolgen sollte, drang das Wasser mit großer Gewalt durch und füllte in kurzer Zeit das neue Flußbett. Der Wasserdruck war so stark, daß er sogar das neue Flußbett überflutete und das umliegende Land in zehn Meter Breite überflutete wurde. Mit großer Sorge erwartet man die für Mittwoch angeordnete Hochwasserwelle.

Die Wirkung des neuen Flußlaufs hat sich in dem Ueberflutungsgebiet der Aue bereits bemerkbar gemacht. Es konnte bereits ein Absinken des Wasserstandes auf den Weiden und Feldern bemerkt werden.

Den Genuß erschöpfen.

Wiesenrode (Mansf. Gebirgsk.). Nachts stach die nordenfranke Frau des Wälschaden Zimmermanns Hermann Ullrich ihren Mann mit einem Taschenmesser in den Hals. Der Mann verstarb nach kurzer Zeit an Verblutung. Die Frau, die schon öfters gegen das Leben ihres Mannes gerichtete Neukernonen getan hatte, wurde verhaftet.

Deffentliche Sitzung der Stadtverordneten

am 26. Juni 1933.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 9 Stadtvorordnete.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Stv. V. Hamann Gelegenheit, den kommissarisch eingeleiteten Beigeordneten Schäfer und Senator Felgner, nachdem sie vom Landrat vereidigt sind, im Namen der Verammlung zu begrüßen mit der Hoffnung, daß die endgültige Befähigung bald erfolgen möge. Er wünscht, daß sie ihr Amt so aus-

füllen mögen, daß sie mit ruhigem Gemüthe vor die Bürger-schaft treten können, in dem Gefühl, ihre Pflicht getan zu haben. Dann werden auch die zu leistenden Arbeiten im gegenseitigen Einvernehmen zum guten Ziele führen. Die Stadtverordneten reichen die Hände zur tatkräftigen Mitarbeit und hoffen, recht reichlich dazu herangezogen zu werden.

Beigeordneter Schäfer dankt gleichzeitig im Namen des Senators Felgner für das durch die Wahl ausgesprochene Vertrauen. Dann zu sagen sei aber auch den Männern, die vor uns sich in der Arbeit für die Allgemeinheit betätigten. So dem Beigeordneten Kolbe, der über 1/2 Jahrhundert als Stadtverordneter und Magistratsmitglied der Stadt in Treue gedient hat und zwar in schweren Zeiten, wie Krieg, Juangs-wirtschaft und Inflation, die mit ihren Begleiterscheinungen dazu angehen waren, sich eher Feinde wie Freunde zu erwerben. Dann zu sagen sei auch dem Senator Nigsche. Dieser hat sich nicht als Vorkühler des Marxismus zu werten. Hätten alle seine Parteifreunde wie er einmündig ihre Pflicht getan, dann sähe es besser in deutschen Vaterlande aus. Dann wandte er sich den Aufgaben zu, die zu erfüllen sind. Er hoffe im Sinne aller zu sprechen, wenn er sage, daß mit der allergrößten Sparmaßnahme gewirtschaftet werden würde und daß keine Mark von der Postkassensäckel genommen werden dürfe, wenn dafür eine Schwärze geschaffen würde.

Bürgermeister Gerber bedauert, daß infolge der kommissarischen Einsetzung die Vorbereitung nicht hier sondern in Bitterfeld vorgenommen worden sei. Er habe seinen Vorkühlerentscheidungs bereits in der Magistrats-sitzung gehalten, möchte aber hier noch einmal erklären, daß es kein aufrichtiger Wunsch sei, zum Wohle der Stadt Hand in Hand zu arbeiten. Auch er spricht den ausgeschiedenen Magistratsmitgliedern den Dank aus.

Beigeordneter Schäfer dankt Bürgermeister Gerber für die Worte der Begrüßung und verspricht gute Zusammenarbeit.

1. Genehmigung der letzten Niederschrift. Diese erfolgt ohne Einwendungen.

2. Annahme des Haushaltsplanes. Nach einigen geringfügigen Abänderungen wird der Haushaltsplan einstimmig angenommen. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 130.076 RM ab. (1932 = 151.360 RM, 1931 206.000 RM.) In Gemeindeforderungen werden wieder erhoben 90% für den bebauten Grundbesitz, 180% für den unbebauten Grundbesitz, je 270% Gemeindefiskal- und Gemeindefort-tragsteuer und 324% Zweigebührensteuer.

3a). Ankauf eines Grundstücks. Es handelt sich um den Ankauf von ca. 100 qm Gartenland vom Küchenermeister W. Hamann zum Preise von 2.— RM pro qm, das zur Verbreiterung der Straße am Friedhof unbedingt gebraucht wurde. Der Ankauf wird einstimmig beschlossen.

3b). Antrag des Magistrats auf Erhöhung einer kleinen Verkehrsinsel an der Apothekenecke, um dadurch die Verkehrssicherheit an dieser unübersichtlichen Stelle zu erhöhen. Auf Anfrage des Stv. Paerder über die Kostenhöhe teilt Veig. Schäfer mit, daß sich die Kosten auf ungefähr 70 RM belaufen und aus Etatmitteln gedeckt werden. Einstimmig angenommen.

4. Ausleihung von Darlehen zur privaten Arbeitsbeschaffung. Veig. Schäfer schlägt vor, aus der Postkassensäckel 10.000 RM zu entnehmen und diese an Bürger als Darlehen in Höhe von 30 bis 300 RM auszugeben. Die Darlehen sind kurzfristig unter Sicherstellung mit 3% zu verzinsen und in Raten zurückzuzahlen bis zum Jahre 1935. Verwendet werden muß das Darlehen für Instandsetzungsarbeiten an Althäusern und Wirtschaftsgebäuden, Neubauten kommen nicht in Frage. Mit den Arbeiten dürfen nur Remberger Handwerker beauftragt werden. Ausführung der Arbeiten durch Schwarzarbeiter ist nicht gestattet. Die Prüfung der Darlehensgesuche erfolgt durch

Finanz- und Bauauschuß. Der Magistrat hat dieser Anlegung grundlegend zugestimmt. Stv. Buhn regt an, auch Neubauten mit aufzunehmen. Stv. V. Hamann erwidert, daß bei Neubauten mit diesen kleinen Beträgen nichts zu schaffen ist. Für die Gewährung von größeren Darlehen käme nur die Sparkasse in Frage. Die Verammlung stimmt der Vorlage zu.

5. Trennung des Kirchen- und Schulamtes. Die Verammlung tritt einem Vorschlag über die finanzielle Regelung infolge der Trennung der beiden Ämter einstimmig bei.

6. Abgabe verbilligten Brennholzes an Minderbemittelte. Auf Anregung des Veig. Schäfer sollen die fälligen Waldarbeiter, die in eigenen Tagen mit ihren Arbeiten fertig werden, mit Stämmen weiterbeschäftigt werden, das so genommene Holz soll zum Selbstkostenpreis an Minderbemittelte abgegeben werden. Veig. Schäfer bemerkt hierzu noch, daß nicht mehr viel trocken Holz vorhanden ist und dann für den Bedarf dieses Holz geschlagen werden müßte. Die Verammlung nimmt einstimmig den Vorschlag an.

7. Pflasterung der Reubener Straße am Schützenplatz in einer Länge von 70 m von den Kleinbahnhöfen an. Die Mittel in Höhe von 2600 RM sind vorhanden. Die Verammlung erklärt sich einstimmig für die Ausführung der Arbeiten. Stv. V. Hamann fragt an, ob an dem Weg nach Reuden nicht auch Verbesserungen vorgenommen werden können. Veig. Schäfer erklärt hierzu, daß dieser durch das Arbeitsdienstlager Habis ausgebaut werden soll und daß Betriebsdirektor Stiebing sich bereit erklärt hat, das benötigte Baumaterial kostenlos an die Baustelle zu befördern.

8. Annahme der Bauordnung für das platte Land. Nach einer Rücksprache mit den Bauunternehmern schlägt der Magistrat die Annahme der neuen Bauordnung vor. Die Verammlung stimmt dem Magistratsvorschlag zu.

9. Kenntnisnahmen: a) von der erfolgten Ueberweisung von 6040,35 RM aus der Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 1932, b) von der Gewährung einer Kreisbeihilfe in Höhe von 1091 RM zur Ausbesserung der Bergmüher und Schmiedeberger Straße, c) von der Aufforderung zur Bildung eines besonderen ehrenamtlichen Fürsorgeausschusses. Hier-von wird jedoch vorläufig Abstand genommen.

10. Aufschlagserteilung auf die Verpachtung der Gras-nungen an den Weiden. Der Aufschlag wird erteilt.

11. Aufschlagserteilungen auf die Pflanzverpachtungen. Der Aufschlag wird bis auf 3 Lose den Weiden erteilt.

12. Verschleusen: a) Stv. Krüger bittet, die Ausbesserung der Wittenberger Straße nicht gerade in der Feuertüte vorzunehmen. Veig. Schäfer sagt Rücksicht zu. b) Stv. Ludwig fragt an, ob zur Beschaffung von Schulbüchern für Minderbemittelte schon ein Betrag bereit gestellt ist und teilt auf Anfrage mit, daß die noch brauchbaren Bücher immer wieder weitergegeben werden und daß die Vorkühlerhaft auf sorgfältige Behandlung der Bücher ihr Augenmerk richtet.

Geschäftliches.

Der erste große Tonfilm der Ufa. In allen deutschen Großstädten wird zur Zeit ein Tonfilm ausgestellt, das das Interesse aller erregt. Es ist dies der Film „Ufa-Mann Brand“, der ein Lebensbild aus unseren Tagen zeigt. Jeder einzelne Besucher ist über diesen Film begeistert und alle Besucher behaupten, einen so gut hergestellten Film noch nie gesehen zu haben. Die Ufa-aufführung fand am Mittwoch unter Ausverkauf des besten Besuchers Adolf Güter, der Minister Fried, Hübels und Prinz August Wilhelm statt. Die Begeisterung konnte keine Grenzen und wurde die Vorkühlerhaft oft von dem Verfall der Zuschauer unterbrochen. Seit diesem Tage sind täglich Tausende Jünger dieses herrlichsten aller Tonfilme. In den nächsten Tagen bereits zeigt die Ufa in Wittenberg, das schönste Theater der Provinz, diesen Film und zwar vom Mittwoch, den 28. Juni bis Mittwoch, den 6. Juli. Die Vorkühlerungen beginnen täglich 6.15 und 8.30 Uhr und Sonntag 2.00, 4.00, 6.15 und 8.30 Uhr. Wir machen unsere Besucher ganz besonders auf diesen Film aufmerksam und sollte keiner den Besuch desselben veräumen. Die Jugend hat ebenfalls Zutritt.

Handtaschen
Aktenuappen — Einkaufsbeutel
Portemonnaies, Brieftaschen
Zigarren- u. Zigarettenetuis, Reisekoffer
in reicher Auswahl und zu billigen Preisen
bei
Richard Arnold :: Kemberg
Leipziger Strasse und Markt

5 Morgen Waldland
in Reuden zu verkaufen. Auskunft erteilt Herr Gemeindevorsteher Albrecht, Reuden.

**Fliegenfänger
Mottenkugeln
Kampftabletten
Franzosen-Del
Flit zum Spritzen**
empfiehlt **S. O. Glaubig**

Ferkel
hat abzugeben
Wilhelm Schmidt,
Wittenberger Neumarkt 23

Pferdejungen
sucht **Grasmann, Dorna**
Mädchen
für Gartenbau und Landwirtschaft
gesucht
Wittenberg, Poetenweg 23

Stroh verkauft **Gutsverwaltung Meuro**

**Primo frisches
Rindfleisch
und Flecke**
empfiehlt **Heinrich Schneider.**



bei **S. O. Glaubig**

Wohnung
mit Stallung und Garten zu vermieten. Wo zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Bergamentpapier
empfiehlt **Richard Arnold**

Flieger-Ortsgruppe
Kemberg-Notta
Morgen Donnerstag, den 29. Juni,
abends 1/2 9 Uhr im Palmbaum

Berammlung
Ercheinen aller Mitglieder Pflicht
Der Ortsgruppenführer

Schützenhaus
Sonnabend und Sonntag abend halb 9 Uhr
Der lustigste aller Militärschwänke
Zwei gute Kameraden
Meine Herrschaften! Wollen Sie ihre Sorgen vergessen? Wollen Sie erheitert werden, Tränen lachen und sich auf köstlichste amüsieren? Dann kommen Sie und sehen sich diesen köstlichen urkomischen Militärfilm an.
Marsch, marsch in diesen Tonfilm.
Hierzu das glänzende Beiprogramm
Die „Ufa-Tonwoche“ zeigt unter anderem:
Unser Reichskanzler Adolf Hitler spricht in der gewaltigen Kundgebung im Berliner Sportpalast zur SA und SS.
Niemand darf dieses Programm versäumen und jeder wird freudigen Herzens unsern Führer Adolf Hitler hören wollen.
Bitte besuchen Sie uns recht zahlreich.

Sammeltassen
Reiche Auswahl — Schöne Muster — Billige Preise
Richard Arnold, Kemberg
Leipziger Strasse und Markt

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Abends: Freitag; / Sonntags: Sonntagsblatt und / "Alliierten Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatslich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Nachschaltung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitspaltel oder deren Raum 15 Pfa., die halbpaltene Zeitspaltel 40 Pfa., Ausnahmestellen 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung undbezahlung geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10,— M. Das Laufen, zuzüglich Postgebühren, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, Das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 75

Donnerstag, den 29. Juni 1933

35. Jahrg.

Verordnung Nr. 23

über die Preisauszeichnung beim Kleinverkauf von Kaffee in vorbereiteten Packungen. Vom 3. Mai 1933.

Bei dem Kleinverkauf von Kaffee in vorbereiteten Packungen ist auf der Packung die Menge des Inhalts in Gramm, der Abgabepreis der Packung und der sich hier nach errechnende Preis je Pfund der Ware anzugeben.

Die Angaben müssen in einheitlicher Schrift von mindestens 6 mm Schriftgröße erfolgen.

Die Verordnung tritt am 1. Juli 1933 in Kraft. Der Reichskommissar für Preisüberwachung.

Veröffentlicht.

Kemberg, den 27. Juni 1933
96) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Wer im Staatsforst Tornau in diesem Jahre

Beeren und Pilze

fammeln will, wird aufgefordert, sich bis zum 1. Juli im Magistratsbüro zu melden. Preis der Zettel 1,— Mm. bezw. 3,— Mm. Personen, die ohne Zettel angetroffen werden, werden unnochsiglich bestraft.

Kemberg, den 26. Juni 1933.
97) Der Magistrat

Zur Verhebung der durch Blitzschlag an unserem Transformatorstationen verursachten Schäden wird am Sonntag, dem 2. Juli, von 9 bis 13 Uhr

kein Strom

abgegeben.

Kemberg, den 28. Juni 1933.
98) Der Magistrat.

Verfailltes!

Zum 14. Male führt sich der Tag der Unterzeichnung des Verfallter Diktates, jener Tag, der Schmach und Ehrende über ein Volk gebracht hat, dem weder am Ausbruch des fürchterlichen Völkerrings der Weltgeschichte auch nur die geringste Schuld beigemessen werden konnte noch nachgelagt werden darf, daß es den Krieg selbst nicht in der ritterlichsten, vornehmsten und heldenhaftesten Form geführt hätte. Wenn es dann einer Uebermacht, die fast die ganze zivilisierte Welt umfaßt, in gigantischem Kampfe unterlag, so war für die von sinnlosem Haß und unermeßlicher Wut diffamierten Bedingungen wahrlich kein Grund, nachdem erst die hoffnungsvollen Verprechungen, von denen auch nicht ein Mann gehalten wurde, uns denacht hatten, die Waffen aus der Hand zu legen. Aber das lödende Angebot des amerikanischen Präsidenten Wilson hat nicht allein große Enttäuschung gebracht, selbst die im eigentlichen Vertragswerk niedergelegten Verpflichtungen der Alliierten hatten bis heute vergeblich der Erfüllung.

Im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz muß man sich das im Verfallter Vertrag gegebene Abrüstungsversprechen und die von Deutschland als Vorleistung geordnete und völlig durchgeführte Abrüstung vergegenwärtigen. Es heißt im Verfallter Vertrag — Präambel zu Teil V. „Um die Einleitung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten“.

Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft, Deutschland hat ein langdienendes Soldnerheer von 100 000 Mann — ohne jede Reserve an Menschen und Material. Die Gliederung, Einteilung usw. von Heer und Marine entspricht den gestellten Bedingungen. Deutschland besitzt keine Unterwasserfahrzeuge, keine Luftstreitkräfte, ja nicht einmal Luftabwehrkräfte, keine schweren Waffen, keine Tanks. Die Wehrgrenze, Seelagelände und die Dienstkräfte sind entseztigt, das ganze deutsche Gebiet westlich der 50-Kilometer-Grenze östwärts des Rheines ist entmilitarisiert. Die deutsche Rüstungsindustrie ist vernichtet, viele Fabriken sind — oft sinnlos — zerstört. Außerhalb des Meeres gibt es keine militärische Ausbildung. Die Feindmächte haben die Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen anerkannt durch die Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission am 31. Januar 1927 (am gleichen Tage legte Marichal Foch im französischen Heeresarchiv, „Ich bestätige, daß die Entwaflnung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist“), durch die Abberufung der Entwaflnungsperpen im Januar 1930 und auch durch die Räumung des Rheinlandes im Juni 1930.

Kings um Deutschland aber harzt die Welt in Waffen. Das Verprechen der Gegenseite — der folgenden Abrüstung der anderen Nationen — ist nicht eingelöst. Die

Verprechen steht aber nicht allein in der Präambel zu Teil V des Verfallter Vertrages, es ist auch im Artikel 8 der Völkervereinbarung gegeben, hier sogar eingeteilt in bestimmte zeitliche Fristen. Es heißt dort: „Die Bundesmitglieder bestimmen sich zu dem Zweck, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Verabreichung der nationalen Kräfte auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und der Erhaltung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.“

Der Rat entsand zur Verwirklichung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse des jeden Staates die Abrüstungskommission und unterbreitete sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung. Von zehn zu zehn Jahren sind diese Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.“ Seit nahezu 1 1/2 Jahren tagt die erste Abrüstungskonferenz. Ihre bisherigen Ergebnisse liegen nicht auf dem Wege zur Abrüstung, sondern führen zur Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes. Nur Deutschland hat abgerüstet. Haben die im Verfallter Vertrag gegebenen Verprechungen keine Gültigkeit mehr? Wer ist es, der den Abrüstungsgedanken von damals verläßt?

Wir bestehen auf dem Rechte, das uns Verfallter Vertrag und Völkervereinbarung zubilligen. Wir wollen den Frieden, das hat der Reichsminister wiederholt, hat der Reichspropagandaminister, erst in diesen Tagen einem Parier Reichsminister gegenüber feierlich betont, aber wir verlangen die Gleichberechtigung ohne jeden Vorbehalt den anderen Nationen gegenüber, das gebietet die deutsche Ehre und die Verantwortung, die wir der Geschichte und unseren Nachkommen schulden.

Ueber diesen Punkt gibt es keinen Streit, keine Meinungsverschiedenheit in den Reihen, wo die deutsche Junge flingt, in dieser Frage wird die deutsche Regierung nicht zurückweichen, wird sie sich niemals zu Zugeständnissen, niemals zu Kompromissen bereit erklären. Wir wollen keine Verprechungen, wie sie uns in gleichzeitiger Form 14 Jahre lang geboten wurden, billige Fremdbestimmungen ohne Verbindlichkeit zählen nicht, uns gilt nur eins, auf dem wir aber auch bestehen, das Recht, bis zu befler Erfüllung die Flaggen an diesem Tage der Trauer, des Schmerzes und des Antrims auf Halbmaß wehen.

Der Kampf gegen die Parteien

Staatspartei verliert Parlamentsmandate.

Nach dem Wortlaut der preussischen Durchführungsbestimmungen zu dem Referendumsgesetz gegen die SPD.

colorchecker CLASSIC

Es hat die Partei...

Es handelt sich um Personen, die man mit dem Ausdrack „Miesmacher“ treffend kennzeichnen kann. Ich bitte sämtliche Beamten, Angestellten und Arbeiter darauf hinzuweisen, daß künftig in solchen Methoden eine Fortsetzung der marxistischen Heße erblit wird und Miesmacher daher als verkappte Marxisten angesehen werden, die sich auf diese Weise noch immer im marxistischen Sinne betätigen. Ich bitte keiner förmlichen Beamte, Angestellten und Arbeiter, denen Personalidentitätsausweise obliegen, auf solche Fälle zu achten und mit den betreffenden Personen unerschuldig namhaft zu machen. Ein Unerlassen dieser Anzeigen

wende ich als eine besondere Solidaritätserklärung mit solchen Wählern und Hegern betrachten müssen.“

Die Bewährungsfrist bei der NSDAP

Braunhemd erst nach zwei Jahren.

Der „Alliierte Beobachter“ veröffentlicht folgende Verfügung der Reichsleitung der NSDAP:

Nach dem 30. Januar 1933 erfolgten zahlreiche Neuanmeldungen zur NSDAP. Da eine Gewähr für die unbedingte Zuverlässigkeit der Neuzugeworbenen in nationalsozialistischem Sinne nicht mehr gegeben ist, wird verfügt: Mitglieder der NSDAP, die nach dem 30. Januar 1933 ihren Beitritt erklärt haben, werden einer zweijährigen Bewährungszeit unterworfen. Erst nach Ablauf dieser Zeit wird ihnen an Stelle der Mitgliedskarte das Mitgliedsbuch als Zeichen der endgültigen Aufnahme in die Bewegung ausgeteilt, sofern sie sich bewährt haben. Vor ihrer endgültigen Aufnahme steht ihnen nicht das Recht zu, das Braunhemd zu tragen.

Ausnahmen können nur in außergewöhnlichen Fällen seitens der Reichsleitung auf Antrag der zuständigen Gauleitung genehmigt werden. Von dieser Regelung werden nicht berührt die für die SA und SS getroffenen besonderen Bestimmungen.

Die Verfügung tritt am 1. Juli 1933 in Kraft. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein unberechtigtes Tragen des Braunhemdes strafbar ist.

Die Verfügung bezweckt keine Degradierung der neu zum Bewegung gekommenen Mitglieder, unter denen sich eine große Anzahl befindet, die nicht der Konjunktur folgend, sondern aus innerer Ueberzeugung sich heute zur Freiheitsbewegung des deutschen Volkes bekennen auf Grund der Erfolge des Führers als Kanzler. Die Verfügung soll lediglich etwa nach der Mächtigkeit der Arbeit in der NSDAP, gebundenen Frontkämpfern die Arbeit erschweren sowie die Gesundheit und Schlagkraft der Bewegung auch für die Zukunft sichern.

Die Aktion gegen BVP

Der Polizeipräsident meldet: Die Münchener Polizeipräsidenten veröffentlicht eine Mitteilung zu der Verhaftung der Führer der Bayerischen Volkspartei, in der es u. a. heißt:

Wie schon berichtet wurde, hat die bayerische Politische Polizei vor einigen Tagen bei den Funktionären der Bayerischen Volkspartei Hausdurchsuchungen vorgenommen, da begründeter Verdacht bestand, daß die BVP in enger Verbindung mit der Dollfuß-Regierung und der Heimwehr in Österreich tateverantworflich ist.

Bei den Hausdurchsuchungen wurde umfangreiches Material gefunden. Auf Grund der Ergebnisse der vorläufig geführten Schritten hat sich die Bayerische Politische Polizei genötigt, die Festnahme der Reichs- und Landtagsgeordneten der BVP, sowie weiterer wichtiger Funktionäre in ganz Bayern anzuordnen.

Die Aktion gegen den politischen Katholizismus hat eindeutig den Beweis erbracht, daß es diesen Kreisen mit ihren Betenungen, sich reiflos hinter die nationale Regierung zu stellen und am Neuaufbau Deutschlands mitzuarbeiten, in keiner Weise ernst ist.

Rücktrittsgesuch Hugenberg

Berlin, den 27. Juni

Reichsminister Dr. Hugenberg hat dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Inzwischen hat die Deutschnationale Front ihre Selbstauflösung beschlossen.

Die Entscheidung über das Rücktrittsgesuch des Reichsministers Dr. Hugenberg wird im Verlaufe des heutigen Mittwochs erfolgen.

Auflösung der DNZ

Freundschaftsabkommen mit der NSDAP

Berlin, 28. Juni.

Wie die Reichspressstelle der NSDAP, mittels, haben die führenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Front nach einer Rückfrage mit dem Reichskanzler Adolf Hitler und nach Abschluß eines Freundschaftsabkommens mit der NSDAP die Selbstauflösung der Deutschnationalen Front beschlossen. Der Beschluß wird sofort durchgeführt. Die bisherigen Deutschnationalen Abgeordneten werden als Solp-